

Der Porsche unter den Sitzungszimmern

Magdeburger Politiker über Edel-Beratungsraum im Landtag empört / Haushaltsrecht verletzt

Von Hendrik Lasch, Magdeburg

Im Landtag von Sachsen-Anhalt wird für über 183000 Euro ein Beratungsraum renoviert, ohne dass die Abgeordneten gefragt und die Aufträge ausgeschrieben worden wären.

Es gibt Autos, die unverschämt teuer, unheimlich schnell und ansonsten zu nichts nütze sind. Wer der Versuchung nicht widerstehen kann, ist mit einer Probefahrt im Autohaus des Vertrauens gut beraten. Danach steige man wieder in die geräumige Familienkutsche.

Im Magdeburger Landtag gibt es ab 12. Dezember einen Sitzungsraum, der ausgesprochen schick eingerichtet, unverschämt teuer, ansonsten aber zu nichts nütze ist. Der »Muster-Beratungsraum« mit allerneuester Tontechnik ist nur 65 Quadratmeter klein, bietet gerade einmal drei Dutzend Abgeordneten Platz, muss aber im Unterschied zur Probefahrt bezahlt werden: mit stolzen 183 328,83 Euro.

In der Magdeburger Politik ist die Aufregung über den von der Landtagsverwaltung in Auftrag gegebenen luxuriösen Sitzungsraum enorm. Zwar waren viele Abgeordnete mit den durchgesessenen Sesseln und anfälligen Mikrofonanlagen in den zwölf Beratungsräumen im Parlamentsgebäude am Domplatz unzufrieden. Bereits im Mai wurde die Verwaltung daher mit einem Konzept beauftragt; für die Jahre 2008 und 2009 wurden zudem zusammen 675 000 Euro für »Ersatzbeschaffung der Ausstattung« im Etat eingestellt. Jetzt aber erfuhren die verblüfften Politiker, dass die Verwaltung bereits kräftig bauen lässt – am Musterzimmer mit dem Zweck, die »Eignung technischer Lösungen« für den Landtagsgebrauch festzustellen. Das Vorhaben sei »der allergrößte Blödsinn«, zitiert die »Magdeburger Volksstimme« Ralf Seibicke, den Präsidenten des Landesrechnungshofes. Wulf Gallert, Chef der Linksfraktion, sagt, die Luxus-Renovierung sei »von niemandem gewollt« gewesen, und die Verwaltung »hätte es auch nicht gedurft«.

Gallert bezieht sich auf den Umstand, dass die Verwaltung Gelder ausgibt, die eigentlich gesperrt seien. Das sei ein Verstoß gegen das Budgetrecht des Parlaments, sagt Angelika Klein (LINKE), die Chefin des Haushaltsausschusses. Zudem stellte sich heraus, dass die meisten Aufträge nicht ausgeschrieben wurden. Die gewünschten Leistungen hätten »nicht so eindeutig und erschöpfend beschrieben« werden können, schreibt der Landtagspräsident Dieter Steinicke (CDU) in einem Brief an den Ältestenrat. Der befasst sich heute mit dem Thema.

Dort dürfte es hoch hergehen. In den Fraktionen ist der Ärger groß; Regressforderungen werden laut. Allerdings falle die Verantwortung derzeit »wie ein Stein nach unten«, sagt Gallert. Ganz so, als werde für den unerlaubten Kauf des edlen Probewagens die Putzfrau im Autohaus verantwortlich gemacht.